

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

<p>Erscheint Sonnabends Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.</p>	<p>Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10 Fernsprecher: Nordsee 8246</p>	<p>Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598</p>
--	---	--

Die eingeleitete Herbstagitacion erfordert die volle Mitarbeit eines jeden Verbandskollegen. Jeder Kollege stelle sich seiner Filiale zur Verfügung!

Klassenjustiz und Klassenfinanz.

Der Klassencharakter unseres Staates tritt am deutlichsten zutage auf dem Gebiete der Justiz und der Finanz. Im Gebiete des Bildungswezens und der Sozialpolitik bemerkt man eine Zurücksetzung der Unterschichten eine Bevorzugung der Oberschichten; aber nirgendso abart der Klassenstaat so schamlos und brutal seinen Charakter, wie wenn es sich um rechtliche und materielle Dinge handelt. Wer die Vorgänge der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, der sieht schauernd entrüstet, mit welcher Rücksichtslosigkeit die alten Rechte der Vergangenheit, die wir überwinden und beugen glaubten, ihren Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates ausüben. Unsere Verfassung ist von einer demokratischen Republik, in der die Gewalt vom Volke ausgeht, in Wirklichkeit ist das Deutsche Reich ein plutokratischer Geldadelsstaat, in dem die Kapitalisten regieren. Unser Staat macht Anspruch darauf, ein Rechtsstaat zu sein, in dem das gleiche Recht für alle gilt, in Wirklichkeit pflegt er ein Klassenrecht, das zum Himmel stinkt. Die Verfassung fordert, die Sozialgerechtigkeit die Grundlage unseres Staatswesens sein soll, in Wirklichkeit merkt man nichts von Recht und Gerechtigkeit. Dieser Klassenzwiespalt zwischen Theorie und Praxis, der jedem Beobachter auffällt, hat die Republik und ihre Verfassung in Verfall gebracht, die Beschämung und Entrüstung erkennen die ehrlichen Republikaner und Sozialisten, wieviel Arbeit noch zu leisten bleibt, das Ziel erreicht sein wird, das ihnen als Ideal vorlebt.

Die Klassenjustiz ist seit manchem Jahrzehnt der Schmerzpunkt, sie ist der Gegenstand des Abscheues aller gerecht denkenden Menschen. Die Proletarier sind in Deutschland von jeher minderen Rechts gewesen, und sie sich ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollten und sich zu dem Zwecke organisierten, um sie zum Freiwill für Richter und Staatsanwälte, Gendarmen und Polizisten. Es sei nur erinnert an die Zeit des Sozialistengesetzes, als die besten, die edelsten Menschen gehängt wurden wie wilde Tiere, an die Zeit der Kämpfe, als man die Organisationsbestrebungen der Arbeiter durch richterliche Urteile und mit dem Polizeipöbel zu unterdrücken suchte. Wenn die Proletarier von den Rechten des Streiks und des Boykotts Gebrauch machten, so traten die staatlichen Organe dies geschlechtlichste Recht mit Füßen, indem sie die Streikenden verhafteten und ins Gefängnis warfen. Wurde an diesem gesetzlichen Vorgehen Kritik geübt, so wurden die Reueure zu schweren Strafen verurteilt, um sie mundtot zu machen. Es ist eine Sünde und Schande, wie damals Recht und Gerechtigkeit schindluder getrieben wurde. Der hervorragende bürgerliche Professor, Dr. Lipp's München, erklärte öffentlich, die Unparteilichkeit des Richterstandes sei für ihn zu einer frommen Sage worden, und als man ihn wegen dieser Äußerung zur Rechenschaft zog, sagte er, daß der deutsche Richterstand keine Zugehörigkeit zur besitzenden Klasse in seinen Reihen beinhalte werde. Schärfer und treffender kann die deutsche Klassenjustiz wohl nicht gekennzeichnet werden. Als die Novemberrevolution von 1918 so manchen Kopf und müden Blinder hinwegsetzte, glaubte man, nun auch mit der Klassenjustiz aufgeräumt worden sei. Der Tat gewann es anfangs den Anschein, als ob das Recht zum Siege gelangt sei, aber im Laufe der Entwicklung erhob die Klassenjustiz wiederum ihr Haupt. Das Proletariat wurde müde und gleichgültig, es war in sich gesplittert und dadurch ohnmächtig geworden, und nun voll den Reaktionen aller Schattierungen wieder der Fall. Den Nachtvögeln der Reaktion wuchsen allmählich Krallen, die man ihnen gestulpt hatte, und sie wurden ihrer neuen Macht bewußt, die sie rücksichtslos ausübten. Das Recht beruht nun einmal auf der Macht, und die Macht hat, der hat auch das Recht, und weil das Proletariat sich die Macht hat aus den Händen nehmen lassen, so beherrschen die neuen Reaktionen ohne Scheu und Scham das Gebiet der Justiz. Man darf nur einen einzigen Blick zu werfen auf die Tätigkeit der Staatsanwälte und die Urteile der Gerichte, um zu erkennen, woher der Wind weht. Die allermeisten Urteile, die den Eid auf die Verfassung abgelegt haben, sind die mit aller Seelenruhe die hohen Gehälter von der überflachten Judenrepublik in Empfang nehmen, den bewußt oder unbewußt das Recht und machen das

Proletariat rechtlos. Es hieße Wasser ins Meer gießen, wollten wir auf Einzelheiten hinweisen, um unsere Klassenjustiz gebührend zu brandmarken, jeder halbwegs politisch geschulte Mensch, der Zeitungen liest, sieht es deutlich, daß die republikanisch gesinnten Proletarier und Proletarierinnen als Menschen minderen Rechts betrachtet und behandelt werden, während die Monarchisten, Militaristen und Reaktionen von unserer Justiz behandelt werden wie rohe Eier. Diese ungleiche Behandlung deutscher Staatsbürger muß einem ehrlich denkenden Menschen die Hornströme ins Gesicht treiben. Man muß die Geduld bewundern, mit der das deutsche Klassenbewußte Proletariat sich eine solche Schandwirtschaft gefallen läßt, anstatt die Rechtsverbreiter zum Teufel zu jagen.

Auch auf dem Gebiete des Finanzwesens tritt der Klassencharakter unseres Staates deutlich in die Erscheinung. Dies haben besonders die Vorgänge im Reichstage in den letzten Wochen und Monaten gezeigt. Die Gesetze, die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien unter dem stärksten Widerstande der Linksparteien fertig gemacht worden sind, sind ein Ausdruck des kapitalistischen Klassenwillens, der darauf hinausläuft, die besitzlosen Klassen zu belasten und zu veräubern, aber die besitzenden Klassen zu entlasten und zu beschenken. Wenn es sich darum handelt, den Besitzenden Vorteile zuzuschlagen und den Besitzlosen neue Lasten aufzubürden, so ist der Staat mit Macht darauf aus, und die Regierung gebärdet sich als die Vollstreckerin des kapitalistischen Klassenwillens. Das muß jedem unparteiischen Beobachter auffallen, mögen sich Regierung und Regierungsparteien auch noch so sehr in den Mantel der Volksfreundlichkeit hüllen und mögen die „parteilosen Zeitungen“ auch noch so viel vom Wohle des Volkes reden.

Bekanntlich beruht das Finanzwesen eines Staates auf den Einnahmen und Ausgaben, die im sogenannten Staatshaushalt zum Ausdruck kommen. Jeder Staat hat Ausgaben zu erfüllen, die mit Kosten verknüpft sind, und er muß sich deshalb Einnahmen verschaffen, um die Ausgaben decken zu können. Die Finanzkunst besteht darin, zwischen Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht herzustellen, da eine Schuldenwirtschaft den finanziellen Zusammenbruch des Staates bedeutet. Wenn dies Gleichgewicht gestört ist, so bleibt dem Staate nichts anderes übrig, als seine Ausgaben einzuschränken oder seine Einnahmen zu vermehren. Er muß entweder sparen oder neue Einnahmequellen erschließen. In dieser unangenehmen Lage befindet sich gegenwärtig das deutsche Reich, und hier beobachten wir nun deutlich die Klassenfinanz. Unser Staat spart an allen Ecken und Enden auf Kosten der Unterschichten. Er hat kein Geld, um den Erwerbstlosen, den Invaliden, den Altersrentnern eine ausreichende Unterstützung zahlen zu können, auch die Kriegsverletzten, die Kriegervitwen und Kriegervaisen behandelt er im höchsten Grade Inanferig. Es mangelt an Geld für Säuglingschutz und Wöchnerinnenfürsorge, für Gesundheitspflege, Volksbildung und andere gute Zwecke. Die Kleinen sparen, die vertrauensselig und aus Vaterlandsliebe ihr sauer verdientes Geld für Kriegsanleihen gezeichnet haben, speist er mit ein paar jämmerlichen Bettelpennigen ab. Aber dieser selbe Staat, der sich den Armen gegenüber als Knirser und Knäuser benimmt, wirft den Ruhrindustriellen 750 Millionen Mark in den Rücken, und den Fürsten von Gottes Gnaden zahlt er Millionen und abermals Millionen an Entschädigungen und Pensionen. Wer da nicht merkt, daß unser Staat die Reichen gegenüber den Armen bevorzugt, der muß mit Blindheit geschlagen sein.

Wenn es sich um die Erhöhung seiner Einnahmen handelt, betätigt sich der Staat ebenfalls als Klassenstaat. Da haben wir zunächst das Gebiet des Steuerwesens. Zweifelslos hat der Staat das Recht, Steuern zu fordern, und jeder Staatsbürger hat die Pflicht, Steuern zu bezahlen. Aber das Steuerrecht des Staates und die Steuerpflicht der Staatsbürger müssen auf der Steuer-gerechtigkeit beruhen, das heißt, die Steuerlasten müssen nach gerechten Gesichtspunkten verteilt, sie müssen auf die tragsfähigen Schultern gelegt werden. Je nach der Leistungsfähigkeit soll jeder Mensch und jede Gruppe zum Staatshaushalt beisteuern. Daher muß das Existenzminimum steuerfrei bleiben; denn wer nur soviel verdient, wie er für sich und seine Familie unbedingt gebraucht, der kann und soll überhaupt keine Steuern zahlen. Dagegen müssen die zahlungsfähigen Schichten in vollem Maße herangezogen werden. Gegen diesen eigentlich selbst-

verständlichen Grundsatz verstößt unsere Steuergesetzgebung sehr schwer. Die Regierung und die Regierungsparteien des Reichstags haben unter Verleugnung aller sozialen Forderungen das steuerfreie Existenzminimum der Lohn- und Gehaltsempfänger möglichst niedrig gehalten, während sie andererseits die Grenze des steuerfreien Einkommens der besitzenden Klassen in die Höhe geschraubt haben. Dabei wird das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger in vollem Umfange erfasst und zur Steuer herangezogen, weil die Lohn- und Gehaltslisten genaue Auskunft geben, dagegen haben die veranlagungspflichtigen Steuerzahler die Möglichkeit, den Besitz und ihr Einkommen zu verheimlichen und zu verschleiern und dadurch den Fiskus in der raffiniertesten Weise zu betrügen. Von dieser Möglichkeit machen sie den umfangreichsten Gebrauch, die Steuermogelei der Steuerdrückeberger ist faktisch bekannt. Die Sozialdemokratie hatte, um die Steuerlast der Besitzenden zu heben, im Reichstage beantragt, daß die Steuerlisten zum Zwecke der Kontrolle öffentlich ausgelegt werden sollten, aber dieser Antrag ist von der Mehrheit abgelehnt worden. Besonders kraß tritt dieser Steuerbetrug bei der Erbschaftsteuer zutage, die mit allen Kniffen und Pfiffen umgangen wird. So hat es zum Beispiel die Familie Sines beim Tode ihres Oberhauptes fertiggebracht, Millionen zu erben, ohne auch nur einen Pfennig Steuern zu bezahlen. Bei solchen Gelegenheiten ist der Steuerfiskus äußerst gütig und zurückhaltend; wenn es sich aber darum handelt, die notwendigen Lebensmittel der breiten Massen zu versteuern: Salz, Zucker, Petroleum, Büchholzer usw., so packt er mit einem Eifer zu, der wirklich eines bessern Zweckes würdig wäre.

Auch im Gebiete der Volkspolitik kann man den Klassencharakter unseres Staates deutlich beobachten; hier tritt die Bevorzugung der besitzenden Klassen und die Benachteiligung der besitzlosen Klassen deutlich zutage. Durch die neuen Bälle werden dem Fiskus wie den Großagrariern und Großindustriellen — denn die Kleinen haben keinen Vorteil davon — Millionen und aber Millionen in den Schoß geworfen, aber die breiten Massen müssen ihren Lebensbedarf teurer bezahlen. Die Folge unserer Volkpolitik wird sein ein Herabdrücken der proletarischen Lebenshaltung, eine Schädigung der Gesundheit, des Wohlbefindens und der Arbeitsfreudigkeit des Proletariats und damit zugleich eine Verminderung unserer Leistungsfähigkeit. Nicht nur das deutsche Proletariat wird durch die hohen Bälle Schaden erleiden, auch unsere gesamte Wirtschaft wird dadurch geschädigt werden. Alle unparteiischen Sachverständigen haben nämlich erklärt, daß die Schutzzölle nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil unseres Wirtschaftslebens ausfallen werden, insofern sie eine Prämie sind für die Ineffizienz, Rückständigkeit und Unwirtschaftlichkeit der Produzenten. Es ist eine leere Redensart, wenn gesagt wird, die Konsumenten müssen die höheren Bälle in den Kauf nehmen, weil unsere Wirtschaft eines Schutzes gegen die Konkurrenz des Auslandes bedürfe. Ebenso ist es eine Redensart, wenn die Zollwucherer sagen, durch die Bälle werde ein Ausgleich geschaffen zwischen Produzenten und Konsumenten. Hier ist wirklich ein Ausgleich wie zwischen Knäuel und Hund, um ein Wort Onkel Bräsig zu gebrauchen; denn die Konsumenten zahlen die Bälle und die Produzenten stecken das Geld in die Tasche. Die breiten Massen werden es schon in allernächster Zeit an ihrem Geldbeutel und an ihrem Körper verspüren, was sie sich dadurch eingebrockt haben, daß sie bei der letzten Reichstagswahl aus Unwissenheit und Verachtung den Vertretern des Kapitals ihre Stimmen gegeben haben.

Es hat keinen Wert, über die Klassenjustiz und Klassenfinanz unserer sogenannten demokratischen Volkrepublik zu jammern oder zu schimpfen; es muß Besserung geschaffen werden. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß das Proletariat sich seiner politischen Macht bewußt wird und daß es von ihr den rechten Gebrauch macht. Es hat die Macht, wenn es nur will. Hier tut politische Aufklärung, demokratische Schulung und staatsbürgerliche Erziehung dringend not; denn wenn irgendwo, so ist gerade auf diesem Gebiete Wissen Macht. Darum hat ein jeder, der es mit dem deutschen Volke im allgemeinen und mit den deutschen Proletariern im besondern gut meint, die heiligste Pflicht, mitzuarbeiten an der Volkserziehung der Massen, damit sie erkennen, was zu ihrem Heil dient, und damit sie zugleich den Willen und die Kraft aufbringen, das Erkante in die Wirklichkeit umzusetzen. Fr. L.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Unsere Erwartung auf ein nochmaliges Aufblühen der Konjunktur im Malergewerbe hat sich im Berichtsmonat nicht erfüllt. Die wirtschaftliche Krise scheint unaufhaltsam vorwärts und fordert ihre Opfer. Wenn auch eine große Anzahl von Filialen vorhanden ist, wo Ende September alle Verkaufsgehörigen noch reiflos voll beschäftigt waren, so ist die Zahl der Arbeitslosen im Reichsdurchschnitt doch nicht unerheblich gestiegen. Von den 174 Filialen unseres Verbandes haben 126 ihre Berichtskarte rechtzeitig eingeleitet. Danach wurden von den in den berichtenden Filialen eingeschriebenen 40 807 männlichen und 227 weiblichen Mitgliedern: 1400 Kollegen oder 34 vom Quadrat als arbeitslos ermittelt. Das bedeutet gegen den Vormonat eine Steigerung von 1,3% und gegenüber dem Juli dieses Jahres eine solche von 2,5% und entspricht etwa dem Stande vom Monat Oktober des vorigen Jahres.

Etwas die Lage unseres Berufes das ganze Jahr hindurch nicht unwesentlich besser war als 1924, hat die Arbeitslosigkeit zur Zeit bereits einen größeren Umfang angenommen, wie aus der nachstehenden Uebersicht klar zu erkennen ist.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Ende des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Ende der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder ermittelte Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1924	1925	1924	1925	1924	1925	1924	1925
Januar	140	150	43 487	35 404	23 706	4 403	54,5	12,1
Februar	135	142	40 780	35 572	20 641	2 194	50,6	6,2
März	130	128	40 071	34 405	5 016	677	12,5	1,9
April	129	133	38 420	35 713	1 057	231	2,8	0,6
Mai	131	131	40 562	35 765	467	112	1,1	0,3
Juni	133	140	37 778	38 817	688	280	1,8	0,7
Juli	135	116	33 389	38 109	815	336	2,4	0,9
August	133	135	36 807	38 037	1 149	761	3,1	2,1
September	132	136	37 390	40 554	871	1 400	2,3	3,4
Oktober	128	—	37 018	—	1 232	—	3,3	—
November	132	—	36 117	—	2 037	—	5,6	—
Dezember	146	—	38 316	—	4 101	—	11,5	—

Auf Grund der eingegangenen Meldungen ist auch eine weitere Zunahme der Un- und Vorarbeiter festgestellt worden. Für 41 Kollegen war die wöchentliche Arbeitszeit wegen Mangel an Aufträgen bis zu 8 Stunden die Woche, für 75 männliche und 14 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden und für 44 Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden die Woche verkürzt, so daß von dieser Maßnahme, die eine Milderung gegenüber häufiger Erwerbslosigkeit darstellen soll, 158 männliche und 14 weibliche, zusammen 172 Mitglieder, betroffen wurden.

Interessant ist, daß sich die Zahl der an der Berichterstattung bei liegenden Filialen, trotz der immerwährenden Mahnungen, fast gleich bleibt und nur ausnahmsweise einmal um ein wenig nach oben schwankt, nicht selten aber noch unter der Bezugszahl zurückbleibt. Die Berichtskarten werden allen Filialen so frühzeitig zugestellt, daß alle Vorarbeiten erledigt und die Erhebung am Stichtage vorgenommen werden kann. Da nur die Zahl der eingeschriebenen und die Zahl der arbeitslosen Mitglieder einzutragen sind, stehen einer rechtzeitigen Einleitung doch wirklich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegen, um so weniger, als durch die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung es im eigenen Interesse aller Kollegen liegt, sich bei eingetretener Arbeitslosigkeit bei der Filialverwaltung zu melden. Außerdem sollten aber alle Kollegen dazu erregt werden, unsere Verwaltungen über alle Verhältnisse aus dem Berufsleben, und dazu gehört auch die Arbeitslosigkeit, auf dem Laufenden zu erhalten. Und was die Filialvorstände von den Mitgliedern zu beantragen berechtigt sind, das sollten sie auch gegenüber dem Hauptverband einhalten und die Berichtskarte auch dann ausfüllen und pünktlich einleiten, wenn keine Arbeitslosen am Orte sind, damit die Arbeitslosenstatistik ein wahrheitsgetreues Bild der jeweiligen Lage unseres Berufes darstellt.

Die nicht ganz erfolglosen Bemühungen der Unternehmerverbände, einen maßgebenden Einfluß auf das Reichsarbeitsministerium zu gewinnen, haben die Gesetze für die im schweren Existenzkampf befindliche Arbeiterklasse bisherig beleuchtet. Wenn man im Unternehmerrichter darauf hinwirkt, die Preise schärfer und die Wirtschaftslage schärfer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit ist, so haben wir als gewerkschaftliche Interessenvertreter der Arbeiter alle Veranlassung, diesen Verschleierungsversuchen die tatsächlichen Verhältnisse entgegenzustellen. Das erhält in den kommenden Monaten für unsern Beruf um so größere Bedeutung, als unsere Unternehmer zweifellos an der Minderung des Reichstarifs festhalten und alles versuchen werden, die kritischen Fragen zu unsern Ungunsten zu lösen. Neben vielem andern gehört zu den Abwehrmaßnahmen auch die Erkenntnis unserer Funktionen, durch schnelle, zuverlässige und vollständige Berichterstattung die dunklen Pläne der vereinten Unternehmerverbände durchkreuzen zu helfen.

Erfichtag für den laufenden Monat ist Sonnabend, 31. Oktober. Die Berichtskarte muß spätestens bis zum 6. November in unserm Besitz sein, um das Gesamtergebnis rechtzeitig zusammenzustellen und der Reichsarbeitsverwaltung zu dem vorgeschriebenen Termin einsenden zu können.

Zweite Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die zweite Hauptversammlung der Gesellschaft für Gewerbehygiene und Unfallverhütung tagte vom 13. bis 15. September in Essen; sie wurde zusammen mit der Ausstellung „Gesundheit und Arbeit“ unter zahlreicher Teilnahme auch von Vertretern der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden eröffnet. Der Hauptinhalt der Verhandlungen war in Rücksicht auf das im rheinisch-westfälischen Industriegebiet den in der dort vorherrschenden Bergwerks- und Hüttenindustrie besonders hervortretenden Krankheits- und Unfallfolgen gewidmet.

So sprach an erster Stelle Professor Neubner, Göttingen, über „Die gewerbliche Kohlenoxydvergiftung“. Er legte in ausgezeichneter Weise dar, daß das Kohlenoxyd mit dem Blutsauerstoff eine feste Verbindung bildet und dadurch den Sauerstoff aus dem Blute verdrängt. Bei Atmung einer hohen Konzentration von Kohlenoxyd könne der Tod sehr schnell eintreten; dazu genügen schon wenige Prozent Kohlenoxyd. Bei geringerer Konzentration tritt noch die Gefahr hinzu, daß die Ernährung empfindlicher Gewebe, besonders des Gehirns, des Herzens und der Lungen erheblich leidet. Von diesen Störungen leiten sich Nachkrankheiten ab, die zuweilen noch zum Tode führen oder lebenslängliche Gesundheitsstörungen schwerster bis leichterer Art mit sich bringen können.

In einem Referat über „Gasschutz und Wiederbelebungsgerate“ gab Bergassessor a. D. Doktor Forstmann einen geschichtlichen Ueberblick dieser Frage und empfahl Gerätetypen, die neben der Sauerstoffzuführung eine künstliche Atmung hervorbrufen. — An diese Referate schloß sich eine sehr interessante Debatte.

Hierauf folgte eine Reihe kurzer Referate über wichtige Beobachtungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und der Unfallverhütung. Es sprachen u. a. Medizinalrat Dr. Fischer über „Arbeit und Sport“, Dr. Vaader über Einrichtung der Berliner Abteilung für Gewerbekrankheiten im Auguste-Victoria-Krankenhaus, Dr. Brieger über „Bewegungssituation am unbekleideten Arbeiter“, Dr. Fürst über „Die Bedeutung konstitutionshygienischer Untersuchungen für die Industrie jugendlicher Arbeiter“, Gewerbedozent Dr. Tsch über „Die Streckerschwäche als Symptom der Bleiwirkung“.

Im Rahmen dieser Referate sprach unser Vorsitzender, Kollege Streine, über „Neuere Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter im Maler- und Lackierergewerbe“. Er legte unter Hinweis auf die Entwicklung der Technik und die auf größtmögliche Beschleunigung und Abkürzung des Produktionsprozesses abzielende Veränderung der Arbeitsmethoden

im Lackierergewerbe dar, wie hierdurch infolge der zunehmenden Verwendung schnell trocknender, leichtflüchtiger Mittel, ferner durch hohe Temperaturen in den Arbeitsräumen durch die Entwicklung der Spritz- und Tauchtechnik und die zunehmende Verwendung von Frauen und Jugendlichen schwere Gesundheitsschäden entstanden sind und ferner weitere Ausbreitung erfahren. (Wir werden den Vortrag „Maler“ noch zum Abdruck bringen.)

Am zweiten Tage wurde das Thema: „Temperatur und Feuchtigkeit in industriellen Anlagen und ihre Bedeutung für die Gesundheit der Arbeiter“ behandelt. Hier bot ein sehr interessanter Vortrag von Professor Dr. Kölsch eine Fülle von Material zur Veranschaulichung des Einflusses von Hitze und von feuchter und trockener Luft in den Arbeitsräumen die Gesundheit der Arbeiter. Durch hohe Temperatur werde viel Schweiß abgedunstet, der aber bei hoher Feuchtigkeit nicht mehr verdunsten kann. So kommt es Anzeichen der Bluttemperatur und hierauf zur Verminderung der Leistungsfähigkeit und schließlich zum Ohnmangelhafte Ruhe und Ausschweifungen begünstigen Vorgänge. Durch genügende Ventilation kann hier gebessert und auch die Arbeitsleistung wesentlich gesteigert werden. So habe sich in einer Glasfabrik gezeigt, daß großer Sommerhitze die Leistung der Arbeiter tief gesunken nach Herstellung einer stark wirkenden Entlüftung aber wieder fast auf die normale Höhe gestiegen sei, durch habe sich die sehr teure Anlage in kurzer Zeit als bezahlt gemacht. — Den Schluß bildeten Vorträge Professor Dr. Rosenthal, Göttingen, über „Das Thermometer“, und von Gewerberat Spanagel über „Maßnahmen und neuere Fortschritte in der Hütung und Bekämpfung schädigender Einflüsse Temperatur und Feuchtigkeit in industriellen Anlagen“. Auch diesem Teile der Hauptversammlung folgte längere Aussprache.

Am 16. September fanden mehrere Führungen in industrielle Anlagen statt, und am 17. bis 19. September schloß sich ein weiterer gewerbehygienischer Vortragstag der Gesellschaft an.

Streitigkeiten in Lehrlingsangelegenheiten

Von der Zwangsbannung für das Maler-, Weißbier- und Lackierergewerbe zu Frankfurt a. M. wird uns geteilt:

„Die Filiale Frankfurt a. M. des Verbandes der Maler hat unter der obigen Ueberschrift in dem „Maler“ Seite 188, einen besonderen Fall veröffentlicht. Die Angelegenheit hier aufzurollen, erscheint uns nicht notwendig, doch sollen die folgenden Bemerkungen zur Berichtigung dienen, da die Darstellung in vielen Teilen nicht richtig, wodurch ein unbefangener Leser zu einem falschen Bild kommen muß.

Zunächst war der Grund für die Entlassung des betreffenden Lehrlings nach den Angaben des Lehrherrn ganz anderer. Weiterhin hat die Zimnung nach dem Verlangen der Entlassung die Verhandlungen sofort aufgenommen; diese mußten jedoch unterbrochen werden, da der Herr einige Wochen verreiste. Obwohl durch eine inzwischen vorgenommene Befehlshaltung der Werkstatt des Lehrherrn gestellt war, daß dieser sühnungsgemäß zu der Sattler-Zimnung gehört, wurde — im Interesse einer schnelleren Unterbrechung des Lehrlings — vor dem Geschäftsführer der Zimnung Weisheit des Obermeisters der Sattler-Zwangsbannung Vergleich abgeschlossen, der den Wünschen des Lehrlings jeder Beziehung Rechnung trug. In der Erfüllung des Vergleiches trat die Verzögerung dadurch ein, daß der Lehrling sich weigerte, den von ihm anerkannten Betrag zu zahlen. Hierauf war es Sache des Vaters des Lehrlings, auf Zahlung von einer Privatperson abgeschlossenen Vergleiches klagen. Dieser Klage wurde auch erteilt und somit alles was seitens der Maler-Zwangsbannung möglich war.

Nach diesen Berichtigungen ist es wohl verständlich, man die Schlussfolgerung im letzten Absatz des Artikels unmotiviert bezeichnet. Dem Ausschuss für das Lehrlingswesen wegen seiner Zusammensetzung (3 Meister und 2

Vergangenes — Zukünftiges.

II. (Schluß.)

Der wirtschaftliche Zeit bedient nach dem geschmacklichen herkömmlichen Fechtung. Gewerbetreibende, private und häusliche Zubehörenden, nicht immer ausreichender Berufs- mittelketten dem Handwerk jährlich ungeheure Summen. Die Bildung von Zimmungen, Zwangsbannungen und dergleichen greift immer mehr als negativ. Das Hilfsmittel, das der Kaufmann in solchen Fällen anwendet, geschiehtig verbindliche Preisfestsetzung, war dem Handwerk verfallen. Es geht darum seit Jahrzehnten an der Substanz.)

Es ist irrig anzunehmen, daß daran die geringen Niederkünfte der Handwerker Schuld seien. Fast alle Unzufriedenheiten finden ihre Erklärung darin, daß die Substanten zur Erhaltung ihrer Selbstständigkeit um jeden Preis hartnäckig bestehen müssen; sie erliegen regelmäßig einer Fülle.

Der ebenso irrig ist die Annahme des Ausstößers, daß auf Grund der Unzufriedenheit eine billige Arbeit erfolgt. Und der Irrtum ist gewissermaßen vergrößert wird die geordnete Ordnung der Arbeit nicht erlangen, denn der Arbeiter ist aus Selbstbehauptungsgründen gezwungen, in stillem, zähem Kampf mit dieser erregten Minorität jede verträgliche Position in seinem Interesse anzunehmen.

Ingejund war weiter das Anwachsen der Konkurrenz. Der Besitzer einiger Leitern, Pinsel und Bürsten brauchte nur ein Firmenbild nebst Gewerbeschein, um die Reihe der Lieferanten zu verstärken. Alles andere konnte er vom Fabrikant auf Kredit bekommen. Erfolgte die Betriebsöffnung von Öfen, befand er sich bis Wintgen in heftiger Arbeit, und in langen, anstrengenden Arbeitstagen auf Kosten seiner Gesundheit ermüdete er, obgleich zu sehr billigen Arbeiten gezwungen, einige Ueberbrücke. Ein Nachlassen der Aufträge wies regelmäßig auf Bauarbeit hin, womit sein Schicksal, wenige Ausnahmen zugestanden, besiegelt war.

Die Entziehung dieser beträchtlichen Werte wirkten sich naturgemäß nur langsam aus. Als dann durch Zusammenbruch der Dekorationsmalerei die geschäftliche Passivität immer größer wurde, bejaß unser Beruf nicht mehr die Kraft zur Selbsthilfe. Er gab sich selbst auf.

Die Mitarbeiter, die Gehilfen, litten bei diesen Zuständen munden uns in gleicher Weise, wobei der Winter für ein Drama der Gehilfenschaft eine Zeit der schlimmsten Not darstellte. Es führte hier aber nach und nach zu einem Zusammenbruch. Beharrliche Agitation, Solidarität, Disziplin und Opferwilligkeit waren Ursachen der großen Verbandsgründungen. Je größer die Widerstände gegen die Gewerkschaften in Erscheinung traten, um so klarer war die Agitationsziehung der Führer und Massen gegeben.

Sie stellen heute als große, geschlossene Kampforganisation ein Beispiel dar, mit dem ausgesprochenen Zweck, ihre Arbeitskraft bestmöglichst auszuwerten. Damit war zunächst ihr Ziel im allgemeinen begrenzt, und erst in den letzten Jahren machen sich berufliche Bestrebungen stärker bemerkbar.

Kam war sich ewig darüber, daß ein Hochstand des Gewerbes mehr Verdienstmöglichkeiten bot, dagegen Höchstleistungen geschmacklicher Art forderte; Grund genug, um unter andern mit der Herausgabe eines Fachblattes den Kunden in Angriff zu nehmen.

Das Fachblatt übernahm damit eine sehr wichtige Aufgabe, die nur dann von Erfolg gekrönt sein wird, wenn los jeder mitarbeitet; wenn Unternehmer und Arbeiter ernst, aufrichtiger Arbeit sich zusammenschließen, um Gelingen, dem Beruf zu dienen.

Der Weg zu diesem Ziel ist mühevoll, ihn klar herzustellen, ist schwierig.

Aus dem Vorhergesagten waren zwei Hauptaufgaben des Niedergangs ersichtlich: Versagen des fachlichen Könnens und Wissens und ungenügende oder fehlerhafte Einflüsse im Wirtschaftlichen.

Die Inflation an sich, ein Zeichen der Aufblähung, Entwertung, ist eng verknüpft mit Konsolidierungsbestrebungen. Daß dieses bis jetzt nicht gelang, beweist, daß vom Stofflichen nicht loskam. Die Versuche gingen von schon Grundbedingungen aus. Untersucht man beispielsweise die Lehrpläne unserer fachlichen Bildungsanstalten, man stets das Dominieren des Formalen feststellen. Übernahm man aus allen Stilepochen hauptsächlich das Menschliche. Man dachte, kopierte nach alten, schönen menschlichen, Werken und dergleichen, die, aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gerissen, unzweifelhaft Wirkung anrichteten. Unmöglich konnte der moderne Mensch das Geistige dieser Werke neu erstehen lassen.

Sie waren und erfüllten ihren Zweck; wir aber und harten der Erfüllung.

Der nach diesen Vorbildern schaffende Schüler Künstler wurde mehr Zeichner als Maler, und in der Technik dieses Zustandes liegt für uns die Lösung gangen Problems. Man erkenne, Farbe und Form sind verbunden, zur Entwicklung des Textonischen ist das, zur Kunst des Malers die Farbe der herrschende Faktor, man schließe: das Studium der Farbe unsere nächste dringende Aufgabe.

Wie das möglich ist, wurde von den Impressionisten wieder die Natur zu ihrer Lehrmeisterin machten, und gültig dargestellt. Selbst eine oberflächliche Prüfung Werke enthüllt jedem, der sehen will, bisher unge-

die Unparteilichkeit abzusprechen, dürfte schon des- nicht möglich sein, weil jedes Ausschussmitglied es als Pflicht ansehen muß, stets rein sachlich zu urteilen. Wissen, daß dies bei den Meisterberühmten der Fall ist, glauben, behaupten zu können, daß auch die Gehilfen- — im Gegensatz zu dem Verfasser des damaligen — auf diesem Standpunkt stehen. Und so dürfte wohl auch bei allen andern Innungen sein; denn Lehrlinge sind viel zu ernst, als daß sie nach parteiischen Gesichtspunkten behandelt werden könnten."

zu dieser Darstellung der Zwangsinnung wird uns noch eines gemeldet:

1. Die Entlassung des Lehrlings wurde erst vorgenommen, nachdem derselbe seine ordnungsgemäße Vergütung, wie im Lehrvertrag festgelegt war, beanspruchte. Demnach war der Grund für die Entlassung. Wenn der Lehrherr andere Gründe anführt, so sind das nur Ausflüchte.

2. Die Verzögerung der Angelegenheit durch die Innung im dem Schreiben derselben ja selbst zugegeben; selbst der Lehrherr einige Wochen verreisen mußte, so hätte die Innung aber trotzdem eine Sitzung des Lehrlingsausschusses einberufen können, um die Sache erledigen zu lassen. Wenn der Lehrherr nicht selbst erscheinen konnte, hätte einen Vertreter schicken können. Im übrigen behaupten wir, daß derselbe überhaupt verreist war.

3. Der Lehrvertrag war durch die Zwangsinnung für Maler- und Weißbindergerichte bestätigt und mit dem Inhalt dieser Innung versehen. Wenn der beklagte Meister kein Mitglied der Innung war, so hätte die Maler-Weißbinderinnung auch kein Recht gehabt, einen Lehrling abzuschießen und mit ihrem Stempel zu bestätigen. Zudem trat Herr Syndikus Schulz als Vertreter der Innung vor dem Gewerbeamt für Herrn Krause als Beistand auf und erklärte dort ausdrücklich, Herr Krause Mitglied der Zwangsinnung für das Maler- und Weißbindergerichte. Siehe auch Nummer 32 des Arbeitervereins „Das Maler- und Tünchergewerbe“, Seite 523, in einer Bekanntmachung ausdrücklich die Rede von dem Mitgliede unserer Innung“ ist. Es ist sonderbar, man jetzt auf einmal behauptet, der Betroffene sei kein Mitglied der Maler- und Weißbinderinnung gewesen und nicht Mitglied der Sattlerinnung.

4. Der nachträgliche Vergleich wurde also von keiner Person, sondern von der Innung abgeschlossen und auch deren vollen Namen unterzeichnet. Infolgedessen wäre die Innung verpflichtet gewesen, die Vollstreckung des Urteils zu beantragen.

5. Die Innung wird es uns nicht verbieten können, über die Unparteilichkeit des sogenannten Ausschusses für das Maler- und Weißbindergerichte unsere eigene Meinung zu haben.

Aus dem oben Genannten dürfte ohne weiteres hervorgehen, daß unsere Angaben voll den Tatsachen entsprechen."

Aus Unternehmerkreisen.

Zwangsinnungen im Sinne der Scharfmacher. Am gemeinsame Unternehmertum gegen die organisierte Arbeiterschaft in einem Zwangsblock zu vereinigen, wenden die Scharfmacher alle Mittel an. In letzter Zeit versucht die vorhandenen Zwangsinnungen zum korporativen Akt in die Arbeitgeberverbände zu gewinnen, um so wirtschaftlichen Kämpfen alle Unternehmer bei Anwendung hoher Geldstrafen zwingen zu können, die Pläne der Scharfmacher mit durchzuführen. Inwiefern dieses den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen, damit sollten sich einmal die maßgebenden Innungen befassen. Da für Zwangsinnungen die Festsetzung von Strafen für ihre Mitglieder nach der Gewerbeordnung von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig ist, versucht man in letzter Zeit, auch diese zu beeinflussen, solche Pläne mit verwirklichen zu helfen. Die Leipziger Maler-(Zwangs-)Innung, die bei letzten Aussperrung, trotz ihrer widerrechtlichen Strafzahlung von 1000 M., einen großen Reinfall erlitten hat, ist nun auch durch Änderung der Innungsstatuten,

heiten, eine einzig dastehende Kultur der Farbe. Wir beobachten, wie alles Gegenständliche vereint ist, so als nebenbei beigeigt wurde, und der bescheidenste Klang durch Meisterung der Farbe zu Wucht und Größe ist; der Gegensatz zu den früheren Werken, wo das Motiv, das Gegenständliche den Ausschlag gab, die dadurch in fast allen Fällen eine sekundäre Rolle spielte. Mit dem Studium der Farbe, der Hauptaufgabe, muß Verständnis für den Raum geweckt werden. Der Raum gehört zu dem Fundamentalfesten bei dem beabsichtigten Aufbau. Wie kann man einen Raum schaffen, in Auswüchsen nicht erkannt, dessen Funktionen ein sind?

Wie kann man überhaupt schöpferisch tätig sein, wenn und Zweck im Dunkel liegen? Es handelt sich doch um wertvollen Raumgestaltungen nicht um die Geburt von Schnörkel, die günstigenfalls gefällig oder nicht sind! Es geht hier doch um die Schaffung einer Einheitlichkeit, eines Raumganzen, in dem die Farbe die ihrer psychologischen Eigenschaften entscheidend ist. Einordnung des Ornaments in heutiger Auffassung, wie es dann noch brauchen, dürfte höchstens symbolischer Art sein.

Versuche, aus der Farbe von der Raumwirkung durch eigene Formen zu entwickeln, sind so gut wie unbekannt. Es wird ausschließlich heute die gefundene Form mit ausgefüllt, und in dem Bestreben, diese Form zu im, mindestens sie nicht zu verletzen, machen wir die zum Herrschenden. Die angegedeutete Umstellung ist aus nicht einfach. Sie hat eminente Farberkenntnisse voraussetzung und bedingt eine freie Hingelhandhabung, diese Hemmungen überwunden, werden wir in des weitest Bedeutung Maler, Meister der Farbe sein.

Bedeutung ist die Durchführung nicht allzu schwierig, das Wesen des Raumes zu verstehen, müssen wir technische Kenntnisse sammeln, uns mit Projektion, aktive, Neugier befassen. Farblich bedienen wir uns

Drei Jubilare unseres Verbandes.

Am 12. September konnte der Kollege **Douglas Jakobelt** die Feier seines 60. Geburtstages begehen. Im Jahre 1893 dem Verbanne beigetreten, hat er seitdem immer in den ersten Reihen unserer Organisation in Berlin gestanden und bekleidet seit 1905 den Posten eines Bezirksleiters im 1. Verbandsbezirk. Die große Ausdehnung des Bezirks, der außer Berlin und der Provinz Brandenburg noch Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien umfaßt, hat dem Kollegen Jakobelt bei den eigenartig gelagerten Verhältnissen in den verschiedenen Provinzen ein reiches Betätigungsfeld, das er in vorbildlicher Weise und getragen von der Achtung unserer dortigen Kollegen mit dauernd steigendem Erfolge bearbeitet hat.

Der Redakteur des „Malers“, unser Kollege **Martin Mark**, vollendet am 12. Oktober sein 60. Lebensjahr. Seit 1888 Mitglied des Verbandes, hat Kollege Mark unser Verbandsorgan schon in den neunziger Jahren über 4 Jahre verantwortlich geleitet. Die große Zahl von Glückwünschen und Anerkennungen, die ihm im letzten Frühjahr anlässlich seines fünfundsingzigjährigen Jubiläums als Redakteur zuteil wurden, zeigt am besten, wie eng verbunden das Lebenswerk unseres Kollegen Mark mit der modernen Arbeiterbewegung und insbesondere mit unserm Verbanne und seinen Mitgliedern ist.

Der Kollege **Fritz Suß**, Bezirksleiter des 6. Verbandsbezirks mit dem Sitz in Stuttgart, wird am 3. November 60 Jahre alt. Mitglied seit 1889, hat er lange Jahre als Vorsitzender des Verbandsausschusses gewirkt, war dann längere Zeit als Angestellter der Filiale Stuttgart tätig und ist seit 1905 Bezirksleiter des 6. Bezirks für Württemberg, Baden und die Rheinpfalz, zu dem vor dem Kriege auch Elsaß-Lothringen gehörte.

Die Geschichte des Verbandes ist auch die Lebensgeschichte der drei Jubilare, die ihre besten Lebensjahre ein Menschenalter hindurch in aufopfernder Arbeit für die Interessen der Kollegenschaft zugebracht haben. An der Entwicklung unseres Verbandes aus den kleinsten Anfängen heraus dauernd beteiligt, können sie heute auf eine Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit zurückblicken, die in vielen Dingen einem vollen Erfolg entspricht. Wir können die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den drei Sechzigjährigen unsere herzlichsten Glückwünsche entgegenzubringen. Möge es ihnen vergönnt sein, ihre verantwortungsvollen Ämter zum Segen und Nutzen des Gesamtverbandes noch viele Jahre in voller Gesundheit auszufüllen.

beim Entwurf vielleicht zweckmäßig des Kastells, in dem Farbe und Form aufs engste verknüpft sind. Voraussetzung dabei ist, im Raum für den Raum arbeiten. Je eher desto besser, denn das von heute beugt sich dem Morgen, und nur der Wechsel ist beständig. Es nützt kein Strauben dagegen, die Jugend ist unsere Zukunft, und wer sie nicht versteht, ist — alt geworden.

Befassen wir uns zum Schluß mit der Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Auch hier müssen Unternehmer und Arbeiter einmütig zusammenstehen, um die geschäftliche Passivität zu überwinden.

Die Einführung des Rechenunterrichts inklusive Kalkulation und Buchführung in den Fachschulen zeitigte nicht den erwarteten Erfolg. Es muß dieses gewiß gekannt sein, aber selbst ein Kaufmann, der damit gründlich vertraut, ist darum nicht immer ein guter Kaufmann. Zahllose Vorbilder tüchtiger Kaufleute geben uns darüber Aufschluß; sie konnten disponieren, machten zielbewußt großzügige Reserven, schafften Situationen, um sie rechtzeitig auszunutzen, und wandelten mit Intelligenz und großer Ausdauer alles zu ihren Gunsten.

Dem Handwerker wird die Doppelseitigkeit seines Berufes den Aufbau stets erschweren. Der ständige Kampf bei zwei Fronten (als Produzent und Kaufmann) stellt sehr große Anforderungen. Es müssen Möglichkeiten erarbeitet werden, wie Submissionswirkungen abgewendet werden, denn diese Möglichkeiten sind keineswegs erschöpft. Es ist auch nicht angängig, daß unsere Arbeit, die ganz auf menschliche Arbeitskraft aufgebaut, dauernden Schwankungen unterworfen ist, so marktschlächtig wie ein Maschinenprodukt wird. Die Eigenart der Leistung bedeutet in ihrer Güte gleichzeitig die Willigkeit. Wenn ist auf die Dauer damit gedient, wenn durch unglücklich verlaufene Ausschreibungen Existenzen vernichtet oder minderwertige Arbeiten an den Mann gebracht werden! Nur auf Treu und Glauben ist kaufmännisches Wesen denkbar. Sollte aber kein Weg gefunden werden, ließe sich die Angelegenheit zu einem wirtschaftlichen Problem erheben und eine Lösung durch gründliche Forschung anstreben.

durch Festsetzung hoher Geldstrafen die widersp. nstigen Innungsmitglieder entweder dem Ruin zugutreiben oder sich den Plänen der Scharfmacher zu unterwerfen. Eine Versammlung genannter Innung hat im September dieses Jahres einen Antrag angenommen, die Strafen im § 10 des Innungsstatuts von 20 auf 1000 M. zu erhöhen. Nach unserer Information hatte man zu dieser Versammlung gleich einen Vertreter der Freischarfmacherei mitgebracht, um ihn über die beabsichtigten Pläne einzuschleichen. Wir sind nun gespannt, ob die Aufsichtsbehörde eine derartige Strafe zum Innungsstatut genehmigen wird. Es würde das bedeuten, daß alle Kleinmeister, die vielfach nur 1 bis 2 Gehilfen beschäftigen, bei einem eventuellen neuen Aussperrungsbeschlusse, wenn sie ihn nicht durchführen, dem Ruin preisgegeben wären.

Sollten die Aufsichtsbehörden wirklich alle Pläne und Wünsche der Unternehmer, wie sie auch durch die Unentschiedenheit Dr. Meißingers von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände ersichtlich gemorden sind, erfüllen, so muß dieses ein Ansporn für die gesamte Arbeiterschaft sein, mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auch hier gründlich Wandel zu schaffen.

Aus unserm Beruf.

Harburg. Die Lehrlingsabteilung unserer Zahlstelle nahm am 12. September an einer Jugendfahrt nach Bremen teil, die vom Ortsausschusse des A.D.B. veranstaltet worden war. Der Empfang in Bremen wie auch in den uns freundlichst zur Verfügung gestellten Quartieren war herzlich und die Mittagverpflegung auf Kosten des Bremer Ortsausschusses gut und reichlich, so daß für alle Bedürfnisse der Jugend in vorbildlicher Weise gesorgt war. Unter Führung der dortigen Jugendlichen wurde die alte Hansestadt an der Weser mit ihren vielen Schenswürdigkeiten besichtigt, so daß eine Menge neuer Anregungen gegeben wurden, die bei allen in dauernder Erinnerung bleiben werden. Den Bremern aber sagen wir auch auf diesem Wege unsern Dank für die freundliche Aufnahme und für die erwiesene Solidarität, und geloben, ihnen in diesem Sinne nach besten Kräften nachzueifern.

Aus der Betriebsrätepraxis.

Saßbarkeit des Betriebsrats. Vor dem Amtsgericht in Altona klagte ein entlassener Arbeiter gegen den Vorsitzenden des Arbeiterrats auf Schadenersatz in Höhe von über 800 M. Der Kläger hatte nach seiner Entlassung sogleich beim Betriebsrat Einspruch gegen die Entlassung erhoben. Nach etwa vier Wochen berief der Vorsitzende eine Sitzung des Arbeiterrats ein. In dieser wurde der Einspruch des Entlassenen für berechtigt erklärt. Die Anrufung des Arbeitsgerichts war dem Entlassenen nun jedoch nicht mehr möglich, da die in den §§ 84, 86 des Betriebsrätegesetzes vorgeschriebenen Fristen verstrichen waren. Der Entlassene reichte nunmehr beim Amtsgericht Klage gegen den Vorsitzenden des Arbeiterrats ein, weil dieser trotz rechtzeitiger Einlegung des Einspruchs seitens des Klägers die im Betriebsrätegesetz vorgeschriebenen Fristen schuldhafterweise versäumt und ihm durch die darauf beruhende Versperrung des normalen Rechtsweges einen Schaden, den er anders in Höhe von 341,55 M. gegen den Unternehmer hätte geltend machen können, zugefügt habe. Die Klage stützt sich auf § 823, Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (B.G.B.) in Verbindung mit §§ 84, 86 B.G.B. — Der beklagte Arbeiterratsvorsitzende machte dagegen geltend, „weder sei der Rechtsweg zulässig, noch sei er passiv legitimiert. Der Betriebsrat sei für seine Handlungen nicht zivilrechtlich haftbar, weil er der Verwalter einer öffentlichen Körperschaft sei. Eine Haftung aus § 880 B.G.B. komme nicht in Frage, da die Mitglieder des Betriebsrates keine Beamten seien. Ebensowenig sei eine Haftung nach § 881 B.G.B. gegeben.“ Das Gericht hat in der Begründung des Urteils eingehend unter Hinweis auf eine Entscheidung des Reichsgerichts (Entscheidung, Band 106, Seite 238 usw.) und der gegenteiligen Auffassung dar-

Es erscheint ferner denkbar, daß der Meisterprüfung die Absolvierung eines höheren Handelskurses angegliedert wird. Ein allgemeiner Rechtsschutz, Bankgründungen sind Notwendigkeiten, wenn wir nicht von vornherein den kürzeren ziehen wollen. Mit dem „Gute Arbeit empfindet sich von selbst“ kommt wir heute nicht mehr weiter. Bewußt, wenn wir sie weithin sichtbar ausstellen könnten, wäre schon viel gewonnen. Also Ausstellungen, ständige Ausstellungen. Wie Modegeschäfte mit fabelhaftem Geschick ihre teuren Artikel immer wieder dem Publikum aufzwingen, geben sie uns ein musterhaftes Beispiel. Der Wechsel der Form, das Wesen der Farbe prädestiniert uns zu Gleichem. Preisstaffelungen für Sommer- und Winterarbeit, Werbekunst bieten Möglichkeiten.

Nichts hindert uns am Aufbau. Der entschlossene Wille schafft's. Wir sind uns einig darüber, daß sachliche Weiterbildung innere und äußere Werte erschließt. Nehmen wir jede Bildungsgelegenheit wahr, handwerkliche, künstlerische, gesellschaftliche, Geistes- und Herzensbildung, alles führt zu dem, was wir sein müssen, ein nützlich Glied der Gemeinschaft. Unterstützen wir die Arbeiten unseres Fachblattes in der denklichsten Weise. Das Fachblatt muß die Hoffnung aller Strebenden sein, es schließt die Angehörigen enger zusammen, es gibt Berufsfreude und muß der Stolz aller Berufsgenossen sein. Hoffen wir, daß infolge der immer eindringlicheren Werbung alle im Verufe Stehenden Bezahler unsers Blattes werden. Nicht etwa des materiellen Gemeinnes wegen; sobald wir Ueberschüsse erzielen, können wir mit dem weiteren Ausbau beginnen. Wir könnten ein Observatorium errichten, das in Verbindung mit groß angelegten Versuchswerkstätten neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten schafft. Wir müssen auch unsern Nachwuchs erziehen helfen, und wie schön wäre es, wenn wir begabten unbemittelten Berufsangehörigen die Weiterbildung durch ausreichende Stipendien gewähren könnten; ein garantierter Rentenanteil auf die Zukunft. Jedes Ziel aber, das erreicht wird, wird uns ein weiteres offenbaren, das lochend jeder Anstrengung wert sein dürfte.

